GSP.D-01-116 Kapitel 5: Demokratie stärken

Antragsteller*in: Daniel Freund (KV Aachen)

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 115 bis 119:
(247) Parteien brauchen eine auskömmliche staatliche Finanzierung. Parteispenden von Unternehmen sind immer auch Einflussnahme und Lobbyismus~~. Spenden an Parteien von natürlichen Personen sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die Unabhängigkeit von ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren. Solange Unternehmensspenden erlaubt sind, sprechen wir uns für eine Begrenzung der Wahlkampfbudgets von Parteien aus.~~, deshalb wollen wir sie verbieten oder wenigstens in der Höhe beschränken. Spenden an Parteien von natürlichen Personen sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die Unabhängigkeit von ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren.

Begründung

Genauso wie Unternehmen kein Stimmrecht haben, sollten sie auch nicht durch Geld bestimmte Politik direkt unterstützen können. So sagen wir noch klarer, dass wir Unternehmensspenden verbieten wollen, solange dafür die Mehrheit fehlt auch in der Höhe beschränken. Das ist im Entwurf nur implizit reinlesbar.

weitere Antragsteller*innen

Sven Giegold (KV Düsseldorf); Karin Heuer (KV Hamburg-Mitte); Rüdiger Brause (KV Main-Taunus); Gerhard Gebhard (KV Odenwald-Kraichgau); Joachim Finkbeiner-Rinn (KV Neckar-Bergstraße); Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen); Daniela Toscano (KV Böblingen); Ute Rademacher (KV Hamburg-Mitte); Mathias Raudies (KV Oder-Spree); Maria-Therese Friehs (KV Landau); Micha Recklies (KV Verden); Andreas Praetsch (Hannover RV); Kurt Reuter (KV Stormarn); Helge Limburg (KV Nienburg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Christian Beck (KV Berlin-Mitte); Michaela Böll (KV Mannheim); Bernd Rohde (KV Stormarn); Christian Hajduk (KV Alb-Donau); sowie 6 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.